

Verbraucherbeirat billigt Abwasserkonzept

Heftige Debatten in Gremien des Zweckverbands Bad Langensalza. Bessere Kommunikation angemahnt

Von Klaus Wuggazer

Bad Langensalza. Ist die Abwasserplanung des Verbandes „Mittlere Unstrut“ für die kommenden Jahre sinnvoll oder überteuert? Und sind die neuen Gebühren des Verbandswasserwerks Bad Langensalza gerecht? Mit dieser und weiteren Fragen beschäftigten sich die Verbraucherbeiräte der beiden Zweckverbände in ihrer jüngsten Sitzung.

Der Vorsitzende Norbert Bugdol hatte dazu viele, teils scharfe Fragen formuliert. Verbandschef Matthias Reinz, Werkleiter Matthias Vogt und der kaufmännische Leiter Mario Putzar standen Rede und Antwort. Deutlich wurde am Ende: Es herrscht im Beirat viel Informationsmangel, die Kommunikation beider Seiten und auch innerhalb des Verbrauchergremiums ist verbesserungswürdig.

Beispiel Abwasserplanung: Bis 2030 muss der Verband deutlich mehr Haushalte an das Kanalnetz anschließen als bisher. Ziel sei ein Anschlussgrad von über 90 Prozent. Das gebe das Land vor, das EU-Richtlinien zur Gewässergüte umsetzen muss. Derzeit sind die Haushalte in den über 40 Orten im Verbandsgebiet zu etwa 80 Prozent am Kanal, sagte Matthias Vogt.

Es sei viel zu teuer, kleinste Orte teils aufwendig an zentrale Kläranlagen anzuschließen, hatte Norbert Bugdol errechnet. Er lehne das geplante Abwasser-Konzept für die nächsten Jahre ab, das noch nicht verabschiedet ist. Stattdessen schlage er dezentrale Lösungen vor, etwa



Der Anschluss kleiner Orte an zentrale Kläranlagen – hier ein Archivbild aus Eckardtsleben – ist relativ teuer, wird aber im Solidarprinzip über Verbände finanziert.

FOTO: KLAUS WUGGAZER

vollbiologische Klein- oder Teichkläranlagen. Das jedoch brauche zwingend einen stetig fließenden Vorfluter (Bach) und würde am Ende für die betroffenen Eigentümer teurer, sagte Matthias Vogt. In Ostthüringen habe es sogar Protestbewegungen gegeben für den Anschluss an eine zentrale Kläranlage.

Im Verbandsgebiet Mittlere Unstrut gebe es nur wenige Dörfer unter 200 Einwohnern – fast überall habe ein zentraler Anschluss damit klare Vorteile. Dennoch gebe es

auch kleinere Lösungen, etwa einen Klärteich in Klettstedt oder die Dörfer um Urleben, die eine eigene Kläranlage nutzen sollen. Am Ende stimmte auch der Verbraucherbeirat dem Konzept zu, mit vier zu drei Stimmen und einer Enthaltung. Das Votum hat empfehlenden Charakter für die Versammlung.

Beispiel Trinkwasser-Entgelte: Mario Putzar erläuterte nochmals ausführlich die Regelung, die schon seit Anfang 2020 gilt. Mit der Auf-

spaltung in einen Basis-, Bereitstellungs- und Leistungspreis habe man mehr Gerechtigkeit geschaffen. Für rund 70 Prozent der Haushalte, die den kleinsten Wasserzähler nutzen, habe sich dadurch wenig geändert. Gestiegen ist allerdings der Kubikmeterpreis. Der lag jedoch bis 2015 schon auf ähnlichem Niveau und sank nur zwischenzeitlich. Wegen der Investitionen für das weiche Fernwasser, das 2022 kommt, stieg er nun wieder. Die Wasser- und Abwasserpreise würden regelmäßig

für vier Jahre kalkuliert, so Putzar. Verlaufe das Geschäft anders als erwartet, müsse nachkalkuliert werden. Dass der Verband auch Gewinne erwirtschaftet, sei erlaubt. Denn er arbeite als kommunaler Eigenbetrieb und erhebe darum auch keine Gebühren, sondern Entgelte. Überschüsse flössen jedoch nicht in private Taschen oder an die Gemeinden, sondern blieben im Vermögen des Verbandes. Damit mache man sich unabhängiger von Banken. Überdies blieben die Mitgliedsgemeinden vor möglichen Zuschusszahlungen an den Verband verschont – sie müssten im Notfall dessen Bilanz ausgleichen.

Fazit nach dreieinhalb Stunden Diskussion: Die Werkleitung soll den Beirat künftig mehr und früher einbeziehen. Dass das nicht immer klappte, räumte Matthias Vogt ein. Aber auch innerhalb des Beirats wird zu wenig kommuniziert: Seinen Fragenkatalog hat der Vorsitzende Norbert Bugdol offenbar nicht mit den anderen Mitgliedern abgestimmt. Auch besuchten zu wenig Beiratsmitglieder die öffentlichen Sitzungen der Gremien.

Empört hatte Matthias Reinz schon zu Beginn der Sitzung reagiert: Etliche der Feststellungen Bugdols im Einladungsschreiben läsen sich wie Anklagen. Dagegen verwahre er sich. Die Verbände würden gute Arbeit leisten, die Beschlüsse etwa zu Entgelten und Baumaßnahmen würden von den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden in der Regel einmütig gefasst.